



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 300 Anfrage Töngi Michael und Mit. über die Organisationsentwicklung: Einbezug der Betroffenen / Finanzdepartement

Die Anfrage A 300 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Michael Töngi hält an der Dringlichkeit fest.

Michael Töngi: Mitte Februar konnte der Zeitung entnommen werden, dass sich das Projekt Organisationsentwicklung (OE17) auf Kurs befinde, es könnten sogar 40,9 Millionen Franken und nicht wie angekündigt 40 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden. Am Tag darauf konnte wiederum der Zeitung entnommen werden, dass ein betroffener Museumsleiter vom Projekt überhaupt keine Ahnung hatte, obwohl er direkt davon betroffen sein wird. Das hat uns stutzig gemacht. Wir möchten wissen, wie weit das Projekt OE17 schon fortgeschritten ist. Wir finden, das Parlament muss über dieses Projekt diskutieren und der Regierung den einen oder anderen Hinweis geben. Das soll aber jetzt geschehen und nicht erst im Mai oder Juni. Dem Parlament wurde gesagt, dass die Kommissionen eng in das Projekt OE17 mit einbezogen würden. Die meisten Kommissionen haben bis heute jedoch noch nichts davon gehört, unter anderem weil verschiedene Kommissionssitzungen abgesagt worden sind. Deshalb ist jetzt eine Diskussion im Rat notwendig.

Jacqueline Mennel Kaeslin: Die SP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit. Die Fragen sind von hohem Interesse. Wir wollen nicht aus der Presse erfahren, wie der Prozess OE17 aussehen wird. Einige Kommissionssitzungen sind abgesagt worden, weil die entsprechenden Geschäfte noch nicht vorlagen. Das ist bedauerlich, weil gerade anlässlich der Kommissionssitzungen Fragen zum OE17-Prozess hätten gestellt werden können. Wir brauchen jetzt Antworten.

Adrian Nussbaum: Ich nehme zur Dringlichkeit der Anfrage A 300 und des Postulats P 305 Stellung. Die CVP-Fraktion hat im letzten Dezember den AFP genehmigt, obwohl dieser mit der OE17 eine grosse Blackbox beinhaltet. Uns war es wichtig zu zeigen, dass die CVP hinter der OE17 steht. Wir haben mehrfach erklärt, dass wir vom Regierungsrat laufend über das Projekt OE17 informiert werden wollen. Es erstaunt mich nicht, dass die beiden Vorstösse von PFK-Mitgliedern eingereicht worden sind. Ich weiss nicht, ob die Regierung in anderen Kommissionen über die OE17 informiert hat, aber schlimmer als in der PFK kann es nicht werden – wir haben bis jetzt keine materiellen Informationen zur OE17 erhalten. Dieser Zustand ist unbefriedigend und spricht für die dringliche Behandlung der beiden Vorstösse. Nüchtern betrachtet sind aber die Voraussetzungen für eine dringliche Behandlung nicht gegeben. Deshalb lehnt die CVP-Fraktion die dringliche Behandlung der Anfrage A 300 und des Postulats P 305 ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich nehme ebenfalls zur Dringlichkeit der Anfrage A 300 und des

Postulats P 305 Stellung und bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Ich bin dem Votum von Adrian Nussbaum aufmerksam gefolgt und habe ein gewisses Verständnis dafür, dass Ihr Rat mehr Informationen über die OE17 verlangt. Die Detailkonzepte liegen jedoch erst im Juni vor. Was bereits bekannt ist, haben wir kommuniziert. Wir haben erklärt, sämtliche Fachkommissionen zu informieren, soweit sie von einem Geschäft betroffen sind. Gegenüber der PFK haben wir den Gesamtrahmen offengelegt, soweit es die Akten erlauben. Es wird keine eigentliche Botschaft zum Thema OE17 geben. Die entsprechenden Änderungen im Verordnungsrecht liegen in der Kompetenz der Regierung. Bei notwendigen Gesetzesanpassungen erhält Ihr Rat die entsprechenden Botschaften dazu. Im Moment können wir nichts beraten, weil es keine Vorlage gibt. Ich habe Verständnis, dass die PFK und die Fachkommissionen Informationen verlangen. Diesem Anliegen kommt der Regierungsrat selbstverständlich nach. Ich bitte Sie aber auch, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommissionssitzungen tatsächlich stattfinden.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 92 zu 23 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.